

## Zum Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat in Kooperation mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates und dem Französischen Ministerium für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Straßburg erfolgreich eine Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ durchgeführt. Damit wurde der im Jahr 2004 begonnene „Berlin-Prozess / Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ fortgesetzt.

Wie die Bundesministerin Ursula von der Leyen in ihrem Interview zur Konferenz deutlich machte, ist das Ziel dieser Initiative, verschiedene Praxiserfahrungen und Lösungsansätze aus europäischen Kommunen zusammenzubringen und einen europaweiten Prozess Regionen übergreifenden Lernens anzustoßen. Über 280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 32 europäischen Staaten und 123 Kommunen nahmen an der Straßburger Konferenz teil und diskutierten drei Tage lang in fünf Arbeitsgruppen über kommunale Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten.

Eröffnet wurde die Konferenz durch die stellvertretende Generalsekretärin des Europarates, Maud de Boer-Buquicchio, die Bürgermeisterin der Stadt Straßburg, Fabienne Keller, Dr. Peter Fricke, Abteilungsleiter des BMFSFJ sowie Valéry Genniges, Vertreter des Kabinetts des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände und Jordi Curell Gotor, Referatsleiter für Jugendpolitik der Direktion Jugend, Sport und Beziehungen mit den Bürgern der Europäischen Kommission.

In ihren Eingangsstatements verwiesen die Redner/innen auf die gemeinsame europäische Aufgabe: die Herausforderung, allen jungen Menschen bessere Möglichkeiten für ihre Entwicklung zu bieten und durch Integration den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften zu sichern. Der Europarat sieht dabei große Chancen in einem transkommunalen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene. Die stellvertretende Generalsekretärin beschrieb es folgendermaßen: „...this conference is an opportunity (...), creating a peer-to-peer-network of cities exchanging software for social

inclusion.“

Dr. Peter Fricke machte für das BMFSFJ in seiner Eröffnungsrede deutlich, dass Deutschland die Präsidentschaft in der EU im Jahr 2007 nutzen wird, um gemeinsam mit den Partnern die Ergebnisse des Berlin-Prozesses weiterzuführen.

Wegen der Bedeutung der Konferenz auf europäischer Ebene wurde während der Veranstaltung der europäische Jugendpreis „Young Active Citizens“ 2005 des Europarates verliehen. Ausgezeichnet wurden fünf Projekte, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Regionalbehörden und Jugendlichen fördern.

In seinen Schlussfolgerungen zur Konferenz verwies Yavuz Mildon, Vize-Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates auf die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen, in denen über 30 Städte ihre Praxis zur Diskussion stellten.

Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen haben in besonderem Maße verdeutlicht, dass die europäischen Kommunen zu ihrer Verantwortung und Aufgabe stehen, Integration zu gestalten und zu moderieren und zusammen mit den Fachkräften, Nichtregierungsorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln. Ein möglichst präventiver Ansatz der Integration muss alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen erreichen. Dazu gehört die gezielte Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive auf die berufliche Integration und die Möglichkeit für die jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Europas. Wie die Beispiele aus europäischen Kommunen verdeutlicht haben, gehören in vielen sozial benachteiligten Stadtteilen integrierte Ansätze und Strategien zum Fachstandard, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bessere Zukunftschancen zu ermöglichen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz waren sich einig, dass der Berlin-Prozess die einzigartige Chance bietet, einen kommunalen Praxisaustausch auf europäischer Ebene zu führen, der seit dem Jahr 2004 zu einer neuen Qualität lokalen Handelns beiträgt. Zugleich wird Europa dadurch in den Stadtteilen sichtbar.

Alle Beteiligten wünschten deshalb die Fortsetzung des transkommunalen Erfahrungsaustausches. Yavuz Mildon verband mit seiner Abschlussrede noch einmal ausdrücklich den Wunsch und Aufruf des Kongresses der Gemeinden und Regionen, den Berlin-Prozess unter alternierender Federführung europäischer Kommunen fortzuschreiben.

Um den Prozess lebendig zu halten, hat die Regiestelle E&C ein dreisprachiges Internetportal eingerichtet. Unter [www.berlinprocess.eu/de/](http://www.berlinprocess.eu/de/) sind alle Beiträge, Reden, Praxisbeispiele etc. dokumentiert. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu treten und sich über kommunale Praxis auszutauschen.